

# Nassau 1866

Das Ende des Herzogtums



Begleitheft zur Ausstellung  
im Hessischen Hauptstaatsarchiv

**Mit freundlicher Unterstützung  
des Vereins für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung e.V.**



**Ausstellung des Hessischen Hauptstaatsarchivs**

**Leihgaben von  
Collection Maison grand-ducale, Luxembourg  
Hessisches Staatsarchiv Darmstadt  
Museum Wiesbaden**

Ausstellungskonzeption und Katalogtext: Rouven Pons  
Katalog-Gestaltung: Dorothee A.E. Sattler  
© Hessisches Hauptstaatsarchiv, Wiesbaden 2016  
2., verbesserte Auflage  
[www.landesarchiv.hessen.de](http://www.landesarchiv.hessen.de)

## Einleitung

Über 700 Jahre hinweg regierte das Haus Nassau Territorien im Gebiet zwischen Rhein, Main, Lahn und Dill. Sechzig Jahre lang – von 1806 bis 1866 – bestand das Herzogtum Nassau. Vor 150 Jahren aber verschwanden Territorium und Dynastie von der Landkarte und aus dem Mächtekonkordat deutscher Fürsten. Im Begriff der „Provinz Hessen-Nassau“ und im Sprengel der evangelischen Kirche sowie in weiteren Bezeichnungen lebte und lebt das Territorium namentlich fort. Die Dynastie regiert seit 1890 das Großherzogtum Luxemburg, ist seinen angestammten Gebieten aber auch heute noch verbunden.

Das Hessische Hauptstaatsarchiv beleuchtet in dieser Ausstellung die Ereignisse um das Ende des Herzogtums Nassau. Der Blick wird dabei auf die Rolle gerichtet, die dieser Staat in den preußisch-österreichischen Auseinandersetzungen spielte. Voraussetzungen werden aufgezeigt und die Frage nach Alternativen gestellt. Die Abwicklung des Herzogtums erscheint im Nachhinein unspektakulär. Umso berechtigter ist die Frage, wie es nach einer so traditionsreichen Landesgeschichte zu einer fast widerstandslos zu nennenden Auflösung des Territoriums kommen konnte.



*Nassauische Truppen nach 1862  
HHStAW Abt. 3008/1 Nr. 10190*

# 1

## Die Protagonisten: Nassau

Das Herzogtum Nassau war ein Kind des napoleonischen Zeitalters. 1806 wurde es aus den Territorien der beiden nassauischen Linien Usingen und Weilburg sowie vieler kleiner weltlicher und geistlicher Staaten gebildet. Es war daher von einer starken konfessionellen Durchmischung geprägt. Direkt nach seiner Gründung hatte es sich modernen Entwicklungen geöffnet. So wurde hier eine der ersten deutschen Verfassungen im Jahr 1814 erlassen, aber auch die Reformen dieser Zeit im Sozial-, Gesundheits- und Schulwesen waren von großer Bedeutung und sollten das Herzogtum zu einem Musterstaat machen. Nach den revolutionären Unruhen von 1848 hingegen schwenkte das Herzogtum, wie die meisten Territorien in Deutschland, zusehends auf einen reaktionären Kurs ein, was zu großer Unzufriedenheit in liberalen Kreisen führte.



Der 1817 geborene Herzog Adolph von Nassau trat 1839, nach dem Tod seines Vaters, die Regierung an. Zuvor hatte er in Wien Jura und Staatswissenschaft studiert. In den ersten Jahren seiner Regierung war er Reformen gegenüber sehr aufgeschlossen. In der Revolution von 1848 machte er Zugeständnisse hinsichtlich liberaler Freiheitsrechte und einer konstitutionellen Monarchie, die aber 1851 wieder zurückgenommen wurden. Seither fuhr er einen zusehends reaktionären Kurs, den insbesondere Ministerpräsident August Prinz zu Sayn-Wittgenstein mitbestimmte. Dieser dachte großdeutsch und schloss sich eng an Österreich an. Herzog Adolph sprach in dieser Zeit von „Überstürzungen einer unheilvollen Zeit“ und fürchtete fortan, Nassau könne als deutscher Kleinstaat mediatisiert werden.



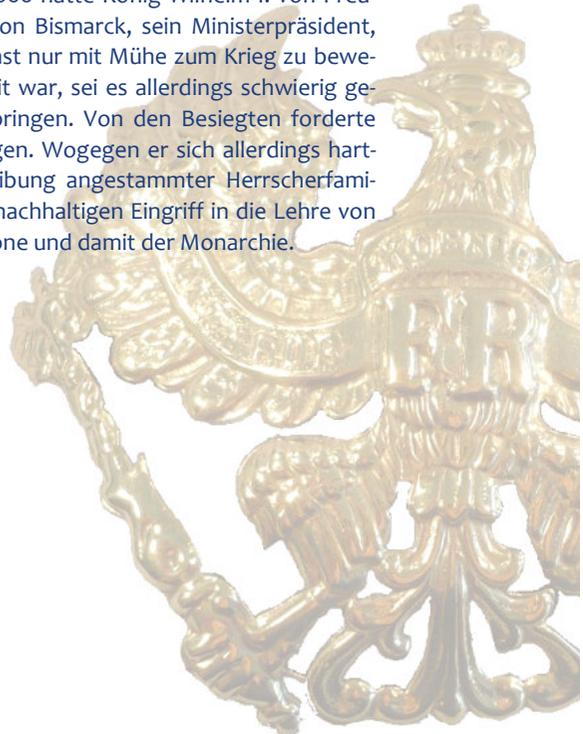
oben: Herzog Adolph, 1866  
im Hintergrund: Schloss Biebrich, 1840

# 2

## Die Protagonisten: Preußen

Im 18. Jahrhundert hatte sich der Dualismus zwischen Österreich und Preußen in Deutschland herausgebildet. Seit dem Wiener Kongress von 1815 war er eklatant. Mächtige Gebietserwerbungen im Westen sowie innere Reformen stärkten Preußen. Nicht wenige Hoffnungen im national ausgerichteten Teil der deutschen Bevölkerung richteten sich auf ein geeintes Deutschland unter Preußens Führung. 1849 lehnte König Friedrich Wilhelm IV. die ihm vom Paulskirchenparlament angetragene Kaiserkrone jedoch ab, weil er nur eine Wahl durch den Fürstenbund, nicht durch das demokratische Parlament akzeptiert hätte. Bismarck als Ministerpräsident sollte rund 15 Jahre später das Heft auf preußischer Seite in die Hand nehmen, um das Königreich zur einzigen Führungsmacht in Deutschland zu machen. Der deutsch-dänische Krieg um Schleswig-Holstein von 1864 war ihm schon das erste Mittel zum Zweck gewesen. Die als Ergebnis dieses Krieges 1865 vereinbarte Konvention von Gastein, in der die Verwaltung Schleswig-Holsteins zwischen Preußen und Österreich geregelt wurde, verschärfte den preußisch-österreichischen Konflikt und führte schließlich den Krieg von 1866 herbei.

An den Ereignissen des Jahres 1866 hatte König Wilhelm I. von Preußen nur geringen Anteil. Otto von Bismarck, sein Ministerpräsident, erklärte, der Monarch sei zunächst nur mit Mühe zum Krieg zu bewegen gewesen. Als es dann soweit war, sei es allerdings schwierig gewesen, ihn wieder davon abzubringen. Von den Besiegten forderte Wilhelm entsprechende Leistungen. Wogegen er sich allerdings hartnäckig sträubte, war die Vertreibung angestammter Herrscherfamilien. Denn das bedeutete einen nachhaltigen Eingriff in die Lehre von der Legitimität der Herrscherthrone und damit der Monarchie.



# 3

## Die Protagonisten: Österreich

Das Haus Habsburg hatte über Jahrhunderte hinweg die deutschen Kaiser gestellt. Diese Krone war zwar 1804 niedergelegt worden, aber die Vormachtstellung blieb weiterhin bestehen. Traditionsgemäß fand Österreich bei den süddeutschen Staaten und bei den mittelgroßen Territorien wie Nassau, Hessen-Darmstadt oder Hessen-Kassel große Sympathie. Denn man fühlte sich dem Haus Habsburg verpflichtet. Die Donaumonarchie verlor jedoch im Dualismus mit Preußen immer mehr an Boden. In vielen Bereichen geriet sie ins Hintertreffen und wuchs durch den gewaltigen Vielvölkerstaat zusehends aus dem deutschen Staatsverband hinaus. Die Taktik des „Fortwurstelns“, von dem der österreichische Politiker Taaffe sprach, mochte den Staat in vielen Augen sympathisch erscheinen lassen, raubte ihm aber die Stoßkraft für gezieltes Handeln. Die notwendige Innenpolitik in Böhmen, Ungarn, Italien und auf dem Balkan ließen Deutschland in die Ferne rücken. Ein Einsatz für Deutschland hätte zum Zerschlagen der Habsburgermonarchie führen müssen.

Beispielhaft für die engen Beziehungen des Hauses Nassau zu den Habsburgern steht Erzherzog Stephan von Österreich (1817–1867). Der Enkel einer Prinzessin von Nassau-Weilburg hatte über die mütterliche Verwandtschaft das Schloss Schaumburg an der Lahn geerbt, das er ausbauen ließ. Auf dem Gemälde ist es im Hintergrund zu sehen. Eine weitere Verwandte des Herzogs Adolph war mit dem österreichischen Erzherzog Karl verheiratet gewesen. Es waren also nicht nur die politische Ausrichtung und die traditionelle Orientierung (süd-)deutscher Staaten an Österreich, sondern auch verwandtschaftliche Bande, die das Herzogshaus nach Wien schauen ließen.



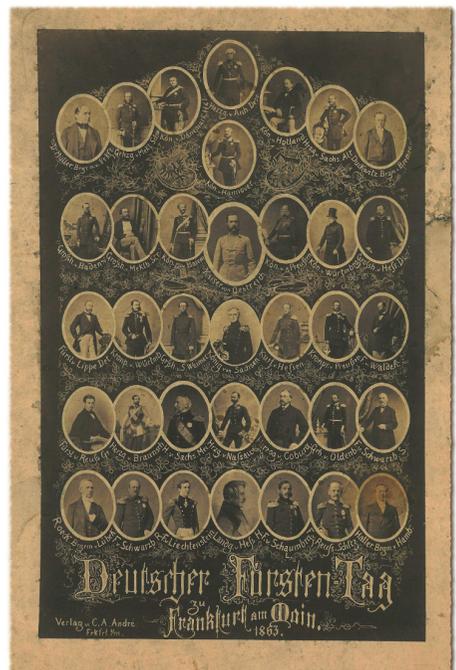
**Anton Einsle: Erzherzog Stephan  
von Österreich, nach 1850**  
Museum Wiesbaden

# 4

## Der Deutsche Bund

Nachdem das Heilige Römische Reich zerschlagen worden war und die Territorien nach der Niederlage Napoleons eine Neugliederung erfahren hatten, sollte der Deutsche Bund die Sicherheit und Unabhängigkeit Deutschlands gewährleisten. Er bestand aus 39 Mitgliedern: 35 souveränen Fürsten und 4 Reichsstädten. Die Bundesakte wurde am 8. Juni 1815 unterzeichnet. Für Nassau erfüllte die Akte fast alle in sie gesetzten Hoffnungen. Dank der Durchsetzungsfähigkeit Österreichs und der Härte der süddeutschen Mittelstaaten wurden alle Forderungen der mediatisierten, ehemals eigenständigen Grafen und Herren abgewiesen und die Souveränitätsrechte Nassaus vollumfänglich anerkannt. Lediglich der Traum einer Erhebung zum Großherzogtum zerschlug sich.

Die Bundeskriegsverfassung regelte die Einzelheiten des Bundesheeres. Die Einzelstaaten stellten die Kontingente, die ca. 1 Prozent der Bevölkerung betrug. Auf dieser Grundlage marschierten 1866 gut 6000 nassauische Soldaten im Verband des 8. deutschen Bundeskorps ins Feld. Der 1816 in Kalisch/Polen geborene Hieronymus Anton Zimiecki von Ziemiecin wurde nach 1851 Flügeladjutant des Herzogs Adolph und bestärkte ihn sehr in seiner Haltung zugunsten Österreichs. Dass er zum nassauischen Bevollmächtigten bei der Bundesmilitärkommission ernannt wurde, als der Krieg von 1866 sich abzeichnete, passt ins Bild. Ende August 1866 übernahm er dann die Geschäfte zur Auflösung und Eidesentbindung der nassauischen Brigade. 1867 trat er in den österreichischen Kriegsdienst ein.



**Deutscher Fürstentag, 1863**  
HStAD R 4 Nr. 29373 UF

# 5

## Der Herzog und der Hof

Der herzogliche Hof residierte in Wiesbaden und Biebrich. Hof und nassauische Regierung standen in ihrer konservativen Haltung dem von der Fortschrittspartei dominierten Parlament diametral entgegen. Herzog Adolph erregte sich 1865 über Zustände im Landtag und drohte insgeheim mit einem Staatsstreich. Seine Anlehnung an Österreich war deshalb für ihn auch innenpolitisch geboten. Denn Preußen bzw. Bismarck bedienten sich, wenn auch nicht aus Überzeugung, so doch aus Kalkül, der kleindeutschen Nationalbewegung der Liberalen, mit denen der Herzog seine Auseinandersetzungen führte.

Der als reaktionär verschriene nassauische Regierungsdirektor Joseph Werren (1810–1881) musste nach der Wahl von 1865 gehen. Der Erdrutschsieg für die Fortschrittspartei in der Ersten und Zweiten Kammer des nassauischen Landtags hatte gezeigt, dass sein „System“ unhaltbar geworden war. Kampfeslustig standen sich Parlament und Regierung aber weiterhin gegenüber. Die Verhandlungen des Landtags seien „zum Speien“, schrieb der Herzog an seinen Kabinettschef, und er überlegte, wie lange er diese „Wirtschaft“ noch verantworten könne.

Der nassauische Hauptmann und Flügeladjutant Otto Freiherr von Dungern (1813–1866) hielt in seinen Erinnerungen fest, dass es für den Herzog keine Alternative zum Bündnis mit Österreich gegeben habe.

Der Herzog erklärte, er werde den Weg des Rechts gehen und auf Österreichs Seite stehen. Vom Sieg der Habsburgermonarchie war er, wie fast alle anderen auch, überzeugt. Dahinter steckte allerdings auch die durchaus berechtigte Überzeugung, dass die Selbstständigkeit der Kleinstaaten unter Preußens Vorherrschaft weniger eingeschränkt sein würde als unter Österreichs Führung.



*Nassauische Lakaien, 1863*  
HHStAW Abt. 130 II Nr. 7285

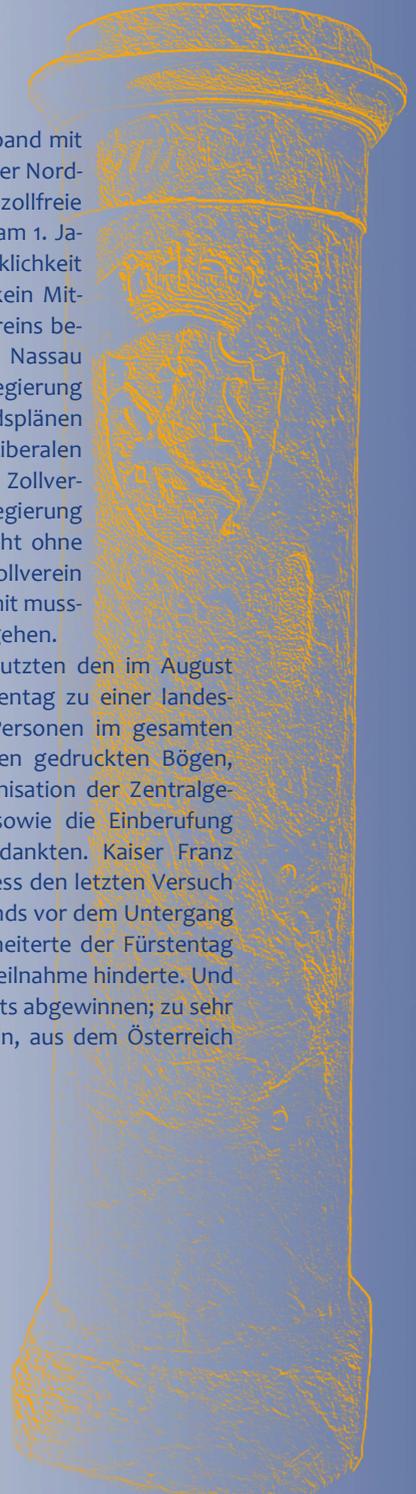
# 6

## Der Zollverein

Am 22. März 1833 war der Preußische Zollverband mit dem Süddeutschen Zollverein fusioniert. Von der Nord- und Ostsee bis zu den Alpen bestanden nun zollfreie Handelswege. Dieser „Zoll-Bundesstaat“, der am 1. Januar 1834 unter der Führung Preußens Wirklichkeit wurde, hatte Österreich ausmanövriert, das kein Mitglied war. Als 1864 die Erneuerung des Zollvereins bevorstand, entzündeten sich im Herzogtum Nassau darüber heftige Kontroversen. Denn die Regierung liebäugelte mit süddeutschen Sonderbundsplänen unter Einbeziehung Österreichs, während die Liberalen der Fortschrittspartei die Verlängerung des Zollvereinsvertrags forderten. Die nassauische Regierung kam diesen Forderungen schließlich nach, nicht ohne dass jedoch auch ein Vertrag zwischen dem Zollverein und Österreich geschlossen worden wäre. Damit musste auch die großdeutsche Partei nicht leer ausgehen.

Konservative Kreise im Herzogtum Nassau nutzten den im August 1863 zusammengetretenen Frankfurter Fürstentag zu einer landesweiten Unterschriftenaktion. Rund 14 000 Personen im gesamten Herzogtum unterzeichneten die vorgefertigten gedruckten Bögen, mit denen sie sich für die einheitlicher Organisation der Zentralgewalt, die Einsetzung eines Bundesgerichts sowie die Einberufung eines Parlaments beim Deutschen Bund bedankten. Kaiser Franz Joseph von Österreich hatte in diesem Kongress den letzten Versuch gesehen, um „die vielen Souveräne Deutschlands vor dem Untergang durch die Revolution zu retten“. Letztlich scheiterte der Fürstentag daran, dass Bismarck König Wilhelm an einer Teilnahme hinderte. Und auch die Liberalen konnten dem Kongress nichts abgewinnen; zu sehr orientierten sie sich mittlerweile am Zollverein, aus dem Österreich ausgeschlossen blieb.

**im Hintergrund: Nassauische Grenzsäule, 1823**



# 7

## Der Kriegsausbruch



Der Anlass des Krieges lag in der noch immer nicht gelösten Schleswig-Holsteinischen Frage. Nach dem deutsch-dänischen Krieg von 1864 stand Holstein unter österreichischer und Schleswig unter preußischer Verwaltung. In Wahrheit jedoch suchten beide Parteien nur einen Grund, um ungelöste Fragen – insbesondere die der Vorrangstellung in Deutschland – auf militärischem Weg klären zu können. Bismarck hatte bereits 1863 erklärt, einen Krieg gegen Österreich vom Zaun brechen zu wollen.

Anlässlich einer nationalistischen Volksversammlung in Altona, das von Österreich verwaltet wurde, wollte er einen Bruch der Vereinbarungen mit Preußen erkennen. Mit Italien, dem Rivalen Österreichs am Mittelmeer, ging er ein Kriegsbündnis ein, und der französischen Neutralität versicherte er sich. Aber auch in der Donaumonarchie gab es genügend Stimmen, die eine militärische Lösung in der deutschen Frage erhofften. Am Sieg Österreichs zweifelte kaum jemand.

Die österreichische Diplomatie forcierte die Situation, in der Hoffnung, eine großdeutsche Lösung zu erreichen. Dass Österreich die Entscheidung über Schleswig-Holstein, entgegen der Konvention von Gastein, dem Deutschen Bund zuwies, gab Preußen die Chance, diesen Vertragsbruch mit der Besetzung Schleswigs zu beantworten. In einem „Bundesreformprogramm“ forderte Preußen den Ausschluss Österreichs aus dem Deutschen Bund. Der österreichische Antrag auf Mobilisierung der Bundes-truppen gegen Preußen wurde mit neun gegen sechs Stimmen angenommen. Der preußische Gesandte erklärte die Bundesversammlung für erloschen. Der Krieg nahm seinen Lauf.

**oben: Otto von Bismarck, 1858**

HStAD R 4 Nr. 24365

**rechts: Kaiser Franz Joseph von Österreich, um 1866**

HStAD O 3 Nr. 345/65



**„Der Herzog ist kein Politiker,  
aber der chevaleresqueste Fürst, den ich kenne.“**

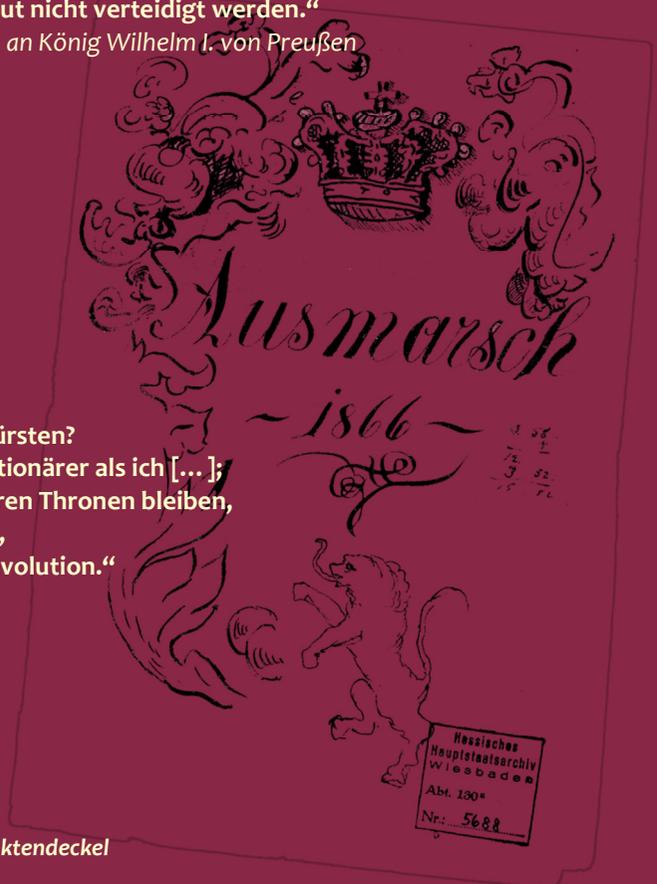
Otto von Bismarck

**„Wie entsetzlich ist ein Bruderkrieg!  
Der Krieg ist immer furchtbar, aber ein Krieg,  
der rein nur aus ehrgeizigen Gründen  
und auf Grund erdichteter Beleidigungen geführt wird,  
kann absolut nicht verteidigt werden.“**

Queen Victoria an König Wilhelm I. von Preußen

**„Was wollen die kleinen Fürsten?  
Die Regierungen sind reaktionärer als ich [...];  
sie wollen vor allem auf ihren Thronen bleiben,  
fürchten sich wohl vor uns,  
aber noch mehr vor der Revolution.“**

Otto von Bismarck



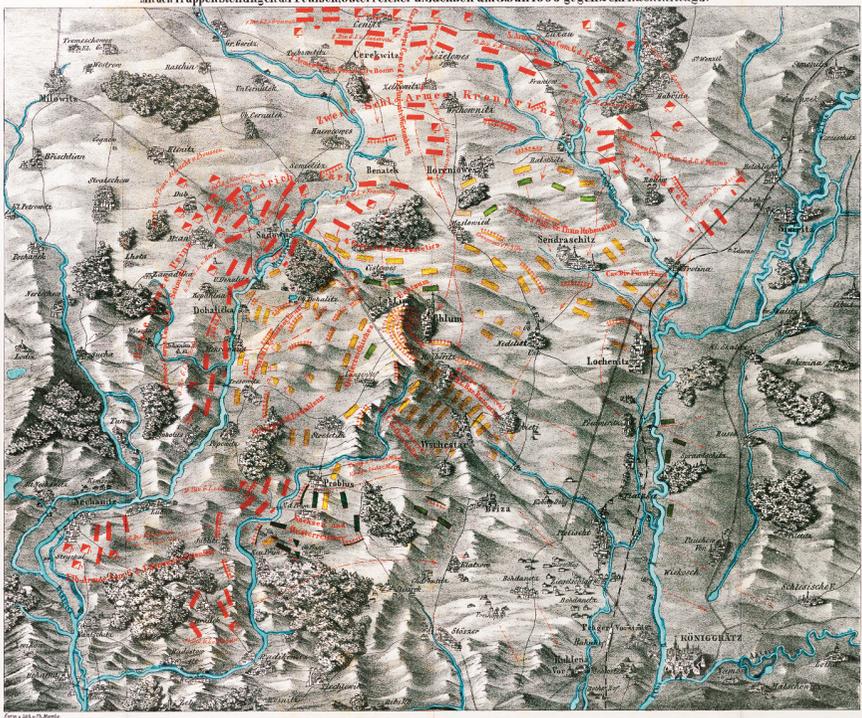
im Hintergrund: Verzierter Aktendeckel  
HHStAW Abt. 130 II Nr. 5688

# 8

## Die Schlacht von Königgrätz

Das Herzogtum Nassau war angesichts der Gesamtdimension der Kriegereignisse von nachrangiger Bedeutung. Preußen und Österreich ging es prinzipiell um die Vorrangstellung in Deutschland. Italien hatte es auf österreichische Gebiete abgesehen, die es nach Kriegsende – in Absprache mit Frankreich – auch erhielt: So fiel Venetien an Italien, obwohl sich Österreich in der Seeschlacht von Lissa auch als Seemacht hatte bewähren können. Der Krieg selbst wurde in Böhmen gewonnen. Dort siegte Preußen durch die Strategie Moltkes und den Einsatz der Hinterladergewehre (Zündnadelgewehre), und Österreichs Militärführung blieb wegen der Vielsprachigkeit ihrer Truppen, der langjährigen Einsparungen sowie grundsätzlicher Defizite in der Militärverwaltung in der Effizienz gehemmt. Auch verloren sich die verbündeten Truppen der deutschen Staaten darin, mehr auf ihre eigenen Grenzen bedacht zu sein, als dem Bündnispartner zu Hilfe zu kommen. Am 3. Juli 1866 kam es zur entscheidenden Schlacht bei Königgrätz in Böhmen.

**PANORAMA DER SCHLACHT BEI KÖNIGGRÄTZ**  
Mitten Truppenstellungen d. Preußen, Österreicher u. Sachsen am 3. Juli 1866 gegen 2 Uhr Nachmittags.



**Erklärungen:** **Preußen:** Inf. Cav. Artill. **Österreicher:** Inf. Cav. Artill. **Sachsen:** Inf. Cav. Artill.  
 - - - - - Vormarschlinien d. Preußen. - - - - - Rückzugstellungen d. Österreicher u. Sachsen. - - - - - Rückzuglinien d. Österreicher u. Sachsen.  
 Maßstab: 1:50,000  
 Verlag Julius Abelhoff in Berlin.

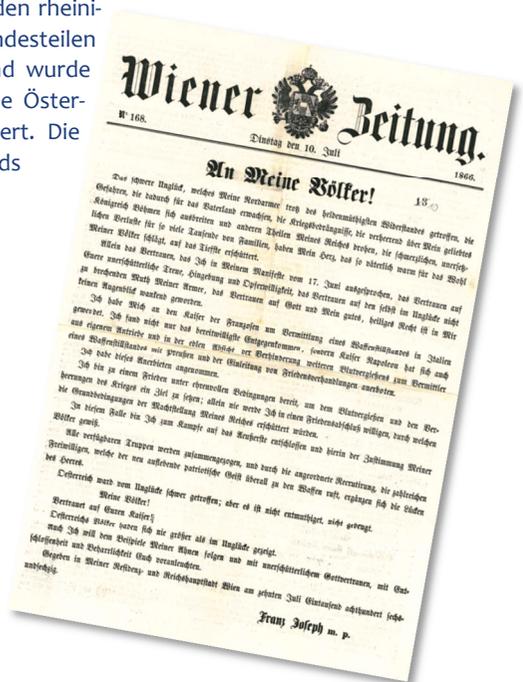
Einige Zeit hielten die österreichischen Truppen – flankiert von sächsischen Kontingenten – beim Dorf Chlum dem Ansturm der preußischen Armee stand. Taktische Fehler der Österreicher und die zusätzlich eintreffende Armee des preußischen Kronprinzen entschieden schließlich die Schlacht. Nach über 17stündigen Kampfhandlungen hatte Österreich mehr als 40 000 Gefallene und Vermisste zu beklagen, Preußen ca. 9000.

Bismarck musste es anschließend darum gehen, die Donaumonarchie nicht zu demütigen, sondern als Bündnispartner zu bewahren. Denn sein Ziel war es ja nur gewesen, sie aus Deutschland herauszudrängen. Die von König Wilhelm gewünschten hohen Entschädigungsforderungen an Österreich lehnte er daher ab. Und der Plan ging auf. Am 6. August 1866 wurde der Vorfriede von Nikolsburg geschlossen, am 22. August der Friede von Prag. Österreich trat Venetien an Frankreich ab, das es an Italien weitergab. Weitere Gebietsforderungen Frankreichs und des preußischen Militärs wurden zurückgewiesen. Dafür erhielt Preußen Hannover, Kurhessen, Nassau, Frankfurt und Schleswig-Holstein. Hessen-Darmstadt musste Hessen-Homburg und das hessische Hinterland um Biedenkopf an Preußen abtreten.

Damit war die Lücke zwischen den rheinischen und altpreußischen Landesteilen geschlossen. Der Deutsche Bund wurde aufgelöst und Deutschland ohne Österreichs Mitwirkung neu organisiert. Die Selbstständigkeit Süddeutschlands blieb vorerst unangetastet.

**links: Schlacht bei Königgrätz, 1866**  
HStAD P 23 Nr. 269

**rechts: Manifest von Kaiser Franz Joseph zur Aushandlung eines Waffenstillstandes in Italien, 1866**  
HStAD G 1 Nr. 191/1



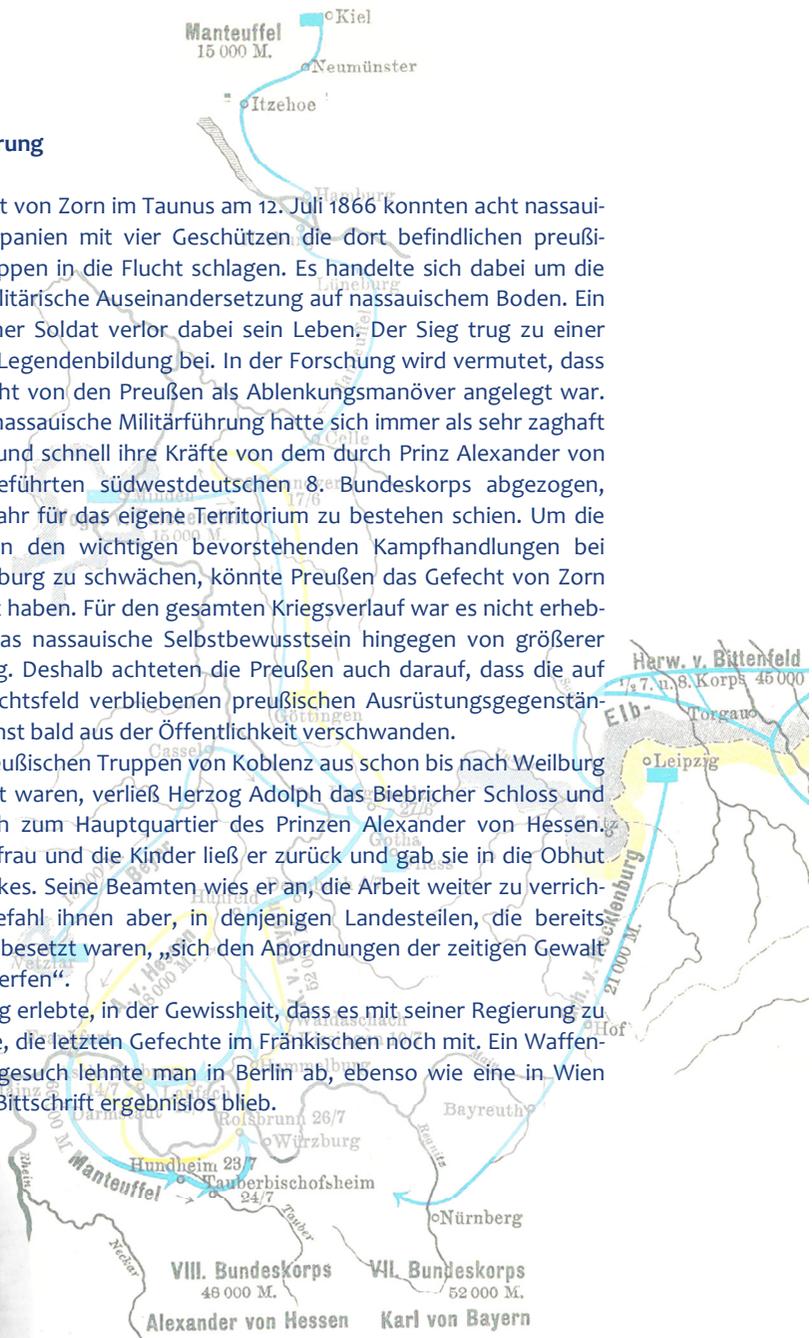
# 9

## Kriegsführung

Im Gefecht von Zorn im Taunus am 12. Juli 1866 konnten acht nassauische Kompanien mit vier Geschützen die dort befindlichen preußischen Truppen in die Flucht schlagen. Es handelte sich dabei um die einzige militärische Auseinandersetzung auf nassauischem Boden. Ein nassauischer Soldat verlor dabei sein Leben. Der Sieg trug zu einer gewissen Legendenbildung bei. In der Forschung wird vermutet, dass die Schlacht von den Preußen als Ablenkungsmanöver angelegt war. Denn die nassauische Militärführung hatte sich immer als sehr zaghaft erwiesen und schnell ihre Kräfte von dem durch Prinz Alexander von Hessen geführten südwestdeutschen 8. Bundeskorps abgezogen, wenn Gefahr für das eigene Territorium zu bestehen schien. Um die Truppen in den wichtigen bevorstehenden Kampfhandlungen bei Aschaffenburg zu schwächen, könnte Preußen das Gefecht von Zorn provoziert haben. Für den gesamten Kriegsverlauf war es nicht erheblich, für das nassauische Selbstbewusstsein hingegen von größerer Bedeutung. Deshalb achteten die Preußen auch darauf, dass die auf dem Gefechtsfeld verbliebenen preußischen Ausrüstungsgegenstände möglichst bald aus der Öffentlichkeit verschwanden.

Als die preußischen Truppen von Koblenz aus schon bis nach Weilburg vorgerückt waren, verließ Herzog Adolph das Biebricher Schloss und begab sich zum Hauptquartier des Prinzen Alexander von Hessen. Seine Ehefrau und die Kinder ließ er zurück und gab sie in die Obhut seines Volkes. Seine Beamten wies er an, die Arbeit weiter zu verrichten. Er befahl ihnen aber, in denjenigen Landesteilen, die bereits preußisch besetzt waren, „sich den Anordnungen der zeitigen Gewalt zu unterwerfen“.

Der Herzog erlebte, in der Gewissheit, dass es mit seiner Regierung zu Ende gehe, die letzten Gefechte im Fränkischen noch mit. Ein Waffenstillstandsgesuch lehnte man in Berlin ab, ebenso wie eine in Wien verfasste Bittschrift ergebnislos blieb.



**Nassauischer Infanterist, 1866**  
aus: Walter Rosenwald,  
Das Herzoglich Nassauische Militär, 1983

# 10

## Das Lager in Günzburg

Nachdem wenig Hoffnung geblieben war, dass sich das Blatt zugunsten Nassaus bzw. Österreichs noch wenden ließ, begab sich Herzog Adolph zum Standquartier seiner Truppen in Günzburg an der Donau. Nachdem das preußische Abgeordnetenhaus am 7. September die Annexion Nassaus beschlossen hatte, kam es einen Tag später zur Abschiedsparade der nassauischen Brigade vor dem Herzog. Auf dieser war der letzte Tagesbefehl des Herzogs verlesen worden, der in gedruckter Form verbreitet und über Jahrzehnte hinweg von den Familien der Soldaten in Ehren gehalten wurde.

In Günzburg stiftete der Herzog das Herzoglich Nassauische Ehrenzeichen des Jahres 1866 für sämtliche Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten, die an den Feldzügen des Jahres teilgenommen hatten. Es war die letzte Auszeichnung des bereits von preußischen Truppen besetzten Herzogtums Nassau.

Die nassauischen Truppen durften noch mit militärischen Ehren in Wiesbaden einziehen. Anschließend wurden alle Verbände aufgelöst.

Den Offizieren und Unteroffizieren war der Übertritt in das preußische Militär möglich. Die Truppenfahnen wurden 1866 im Wiesbaden Stadtschloss den Beauftragten des Herzogs übergeben.



**Nassauisches Ehrenzeichen, 1866**  
HHStAW Abt. 130 II Nr. 5699

# Tagsbefehl

an

## Meine Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten.

Mit dem heutigen Tage verlaßt Ihr die hiesige Gegend, um den Rückmarsch in die Heimath anzutreten.

In Folge des unglücklichen Krieges, den wir geführt, hat Mir der Sieger Mein Land, Unser gemeinsames theures Vaterland entrissen, und erscheine Ich heute zum letzten Male als Euer Kriegsherr in Eurer Mitte, um Euch noch einmal vereinigt zu sehen und Abschied von Euch zu nehmen. Ich scheue Mich nicht, es auszusprechen, daß der Augenblick der Trennung von Euch einer der schmerzlichsten meines Lebens ist. Der Gedanke hält Mich aufrecht, daß es noch nie eine Schande gewesen, von einem Stärkeren besiegt zu werden, — eine Schande kann es nur sein, wenn man sich in der Ueberzeugung seines guten Rechts aus Furcht vor dem Stärkeren nicht wehrt. Mit Eurer Hilfe habe Ich es gethan; Ihr habt Mir treu und gut mit Muth und Ausdauer dabei gedient, habt während dieses kurzen aber angreifenden Feldzuges stets die beste Manneszucht bewahrt, alle Anstrengungen unverdrossen ertragen und zuletzt mit Geduld und Ergebung des Tages geharrt, an dem Ihr nach dem heimathlichen Heerd zurückkehren könnt; Ihr habt gezeigt, daß Ihr Eurer Väter werth seid.

Mit gerührtem Herzen sage Ich Euch meinen Dank für die vielen Beweise Eurer Anhänglichkeit, die Ich von Euch empfangen habe, gebe Euch die Versicherung, daß Ich auch getrennt von Euch mit derselben Liebe Euer gedenken werde, mit der Ich Euch von jeher zugethan war, und halte Mich überzeugt, daß auch Ihr Mir ein treues Andenken bewahren werdet.

Bei der Rückkehr werdet Ihr Nassau von preußischen Truppen besetzt finden; fanget keinen Streit mit ihnen an, sondern wie Ich mein Schicksal mit Ergebung in den Willen der Vorsehung mit männlichem Muth zu tragen weiß, so zeigt auch Ihr, daß Ihr Euch in Das zu fügen wißt, was nun nicht zu ändern ist, und gebet Mir einen Beweis von Anhänglichkeit dadurch, daß Ihr der Welt zeigt, die jetzt auf Euch sieht, daß die Nassauische Truppe zwar nicht groß ist, daß sie aber Ihren Ruhm darin sucht, in bösen wie in guten Tagen Gehorsam und strenge Manneszucht zu bewahren.

Indem Ich Gott bitte, daß er Euch und Unser theures Vaterland in seinen gnädigen Schutz nehme, sage Ich Euch Lebewohl!

Hauptquartier Günzburg,

8. September 1866.

Adolph.



links: Letzter Tagesbefehl von Herzog Adolph, 1866  
HHStAW Abt. 202 Nr. 1387

Gedenktafel, 1866  
HHStAW Abt. 3012 Nr. 2463

# 11

## Nassau wird preußisch

Frankreich hatte Preußen nach dem gewonnenen Krieg von 1866 eine Einverleibung von 4 Millionen Einwohnern zugestanden. Die süddeutschen Staaten kamen nicht in Frage. Das hätte Frankreich nicht geduldet. Dass Sachsen unantastbar bliebe, hatte sich Kaiser Franz Joseph von Österreich verbürgt. Die mit Preußen verbündeten Kleinstaaten Norddeutschlands standen nicht zur Disposition. Es blieben daher nur Hannover, Kurhessen, Schleswig-Holstein und eben Nassau. Das war ein weiterer wichtiger Schritt zur deutschen Einheit unter Preußens Führung. Dabei galt es, klug zu taktieren.

Den Vorschlag König Wilhelms, diese Territorien nur zu amputieren, aber zur Wahrung der Herrscherrechte als Rumpfstaaen weiter bestehen zu lassen, lehnte Bismarck ab. Denn dies hätte nur zu großem Unfrieden geführt. Den preußischen Beamten in Nassau gab er Anweisung, dem preußenfreundlichen Teil der Bevölkerung, sprich: den Industriellen und der Fortschrittspartei, entgegenzukommen. Und der König tat kund, das preußische Vorgehen richte sich nicht gegen die Bevölkerung, sondern allein gegen die bisherige Regierung.

Nicht schnell genug konnte der Anschluss an Preußen den Vertretern der nassauischen Fortschrittspartei sowie der Industrie gehen. In einer Bittschrift an den König von Preußen hatten sie Ende Juli die „bedingungslose Einverleibung“ des Landes gefordert. Bismarck hoffte, diesen Wünschen „Rechnung tragen zu können“. Er wusste, dass es diese Kreise waren, auf die er seine Politik vor Ort zu stützen hatte.

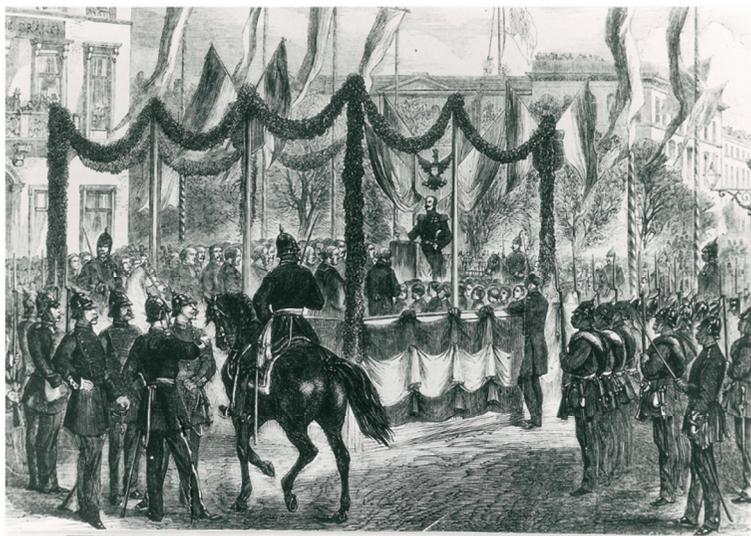


*Karikatur auf die Inbesitznahme  
kleiner Staaten durch Preußen,  
1866*

*rechts oben: Gustav von Diest  
HHStAW Abt. 3008/1 Nr. 12619*

*rechts unten: Annexionsfeier  
auf dem Schillerplatz  
in Wiesbaden, 1866  
HHStAW Abt. 3008/1 Nr. 276*

Der bisherige Landrat von Wetzlar, Gustav von Diest, gab an, die Verwaltung „nach den bestehenden Landesgesetzen“ führen zu wollen, „denn die Okkupation des Landes Nassau ist nicht gegen die Bevölkerung, sondern gegen die bisherige Regierung gerichtet.“ Damit versuchte er, anti-preußischen Tendenzen entgegenzuwirken und sich die regierungskritische Stimmung im Land zunutze zu machen. Auf dem Wiesbadener Schillerplatz fand am 9. Oktober 1866 die zentrale Feier zur Einverleibung des ehemaligen Herzogtums in das Königreich Preußen statt. Der preußische Zivilkommissar von Diest verlas das Patent und die Proklamation vom 3. Oktober und brachte schließlich ein Hoch auf König Wilhelm I. aus. Die agitatorisch ausgerichtete preußische Proklamation an die Bevölkerung Nassaus verleiht der Hoffnung Ausdruck, „daß die Haltung seiner Bewohner keinen Zweifel darüber lassen wird, daß sie nicht Teil haben an dem verblendeten Beginnen ihrer Regierung.“ Dass man dabei ganz geschickt auf die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung anspielte, sollte Wasser auf die Mühle der Gruppierungen im Herzogtum gießen, die aus ökonomischen Gründen ohnehin einen Anschluss an Preußen begrüßten. Zu diesem Zeitpunkt hatten mobile Kolonnen der preußischen Truppen allerdings schon den Domänenweinkeller in Rüdesheim ausgeräumt, die Waterloo-Kanonen von der Marksburg geholt und in Montabaur die Rezepturkasse geplündert.



# 12

## Preußen in Nassau

Am 18. Juli 1866 marschierten die preußischen Truppen kampflos in Wiesbaden ein. Andere Städte, Dörfer und Landstriche waren schon zuvor besetzt worden. Der bisherige preußische Landrat von Wetzlar, *Gustav von Diest*, war Ende des Monats an die Spitze der Verwaltung getreten und hatte die nassauische Regierung abgesetzt. Der Liberale August von Hergenhahn, seinerzeit Direktor der Landesbank, wurde, unter Zustimmung der bisherigen nassauischen Opposition, kommissarischer Leiter des Gesamtministeriums. Die Umwandlung des Landes wurde engagiert angegangen: Beamte wurden neu vereidigt, die preußischen Hoheitszeichen eingeführt und neue Kirchengebete erlassen.

Glücksspiele wollten die neuen Machthaber nicht dulden. Kurzfristig wurde deshalb das Glücksspiel in Ems untersagt. Es wurde beteuert, wie sehr es auch die Emser Bevölkerung begrüßt habe, dass diesem Treiben ein Ende gesetzt worden sei. Allerdings profitierten die Kurorte sehr vom Roulette der Casinos. Die preußische Regierung gewährte darum eine Frist von sechs Jahren bis zur Schließung. Bis dahin sollte ein Kurfonds eingerichtet werden, aus dessen Zinsen der Kurbetrieb weiter finanziert werden konnte.

In den Zeitungen wurde die Botschaft des neuen Landesherrn, König Wilhelms I. von Preußen, am 27. August 1866 veröffentlicht. Dort heißt es, Hannover, Kurhessen, Frankfurt und Nassau hätten sich „durch ihre Theilnahme an dem feindlichen Verhalten des ehemaligen Bundestages in offenen Kriegszustand mit Preußen versetzt“. Nach „Gottes Ratschluss“ hätten sie ihre Niederlage erlitten und seien nun mit Preußen vereinigt worden.



# 13

## Die Haltung der Bevölkerung

Reaktionen der nassauischen Bevölkerung darauf, dass sie nun preußisch geworden war, sind nur sehr schwer ausfindig zu machen. In katholischen Kreisen war ein deutliches Missbehagen über die Veränderungen auszumachen. Die neuen Machthaber erkannten in deren Verhalten immer wieder antipreußische Agitationen. Auf der anderen Seite standen die Fortschrittspartei und die von Wirtschaftsinteressen geleitete Kreise, die den Anschluss an Preußen herbeigesehnt hatten und ihn nun stürmisch bejubelten. Sie erhofften sich davon eine bessere wirtschaftliche Entwicklung und verschlossen die Augen davor, dass Preußen in vielen Bereichen nicht fortschrittlicher oder gar liberaler war als Österreich. Diese gesellschaftlichen Kreise waren es dann auch, die nur wenige Jahre später zum Träger der Nassau-Nostalgie wurden.

Von antipreußischen Agitationen in Villmar und Langhecke ist am 10. September 1866 die Rede. In einem Wirtshaus hatte Personen ihr Missfallen gegenüber dem Bürgermeister kundgetan, weil dieser zunächst beteuert hatte, den Revers nicht zu unterzeichnen, der ihn in preußischen Dienst übertreten ließ. Dann aber sei er der erste gewesen, der ihn unterschrieben habe. Dadurch habe er allen Respekt verloren. Die preußische Vorsicht und Wachsamkeit ließ darüber ein Dossier anlegen. Die katholischen Geistlichen, die sich auch aus Glaubensgründen mit Österreich verbunden gefühlt hatten, misstrauten dem neuen protestantischen Landesherrn. Viele Geistliche nutzten ihre Predigten dazu, mit ihrer Überzeugung nicht hinter dem Berg zu halten.

So einfach gestaltete sich die Übernahme des untergegangenen Herzogtums durch Preußen folglich nicht, wie es die Huldigungsadressen aus den Reihen der Fortschrittspartei und der Industriellen vielleicht hatten erwarten lassen. Der preußische Zivilkommissar von Diest musste bereits im August 1866 um militärische Verstärkung bitten, um die preußenfreundlichen Elemente in den Ämtern zu stärken und den dort herrschenden „Terrorismus“ zu bekämpfen. Im Großen und Ganzen allerdings verlief die Annexion unspektakulär und ohne größere Widerstände. Das 1909 in Wiesbaden eingeweihte „nassauische“ Landesdenkmal belegt jedoch, dass der Wunsch nach Eigenständigkeit nach 1866 in Nassau nicht verschwunden war.

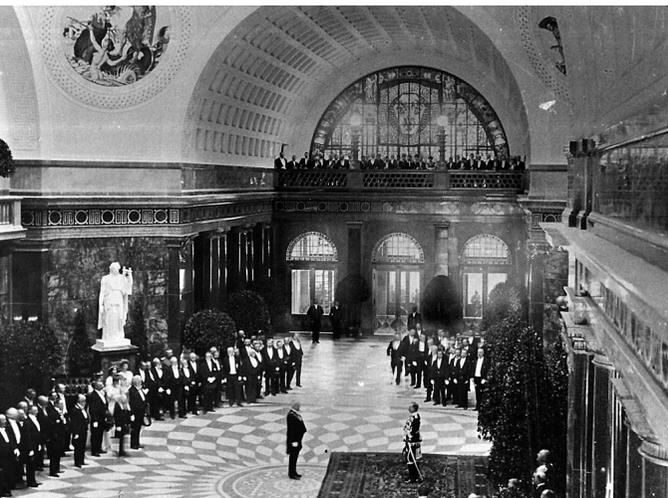
# 14

## Das Herzogtum wird Regierungsbezirk

Zunächst wurde aus dem ehemaligen Herzogtum Nassau und der Freien Stadt Frankfurt ein Zivilgouvernement gebildet, aus dem 1867 unter Einschluss weiterer annektierter Gebiete der Regierungsbezirk Wiesbaden geformt wurde. Gustav von Diest ernannte man zum ersten Regierungspräsidenten.

Er vertrat sich allerdings ebenso wenig wie der abgetretene Herzog mit der liberalen Opposition, weshalb er bereits 1869 versetzt wurde. Denn Bismarck brauchte für seine weiteren Pläne die Nationalliberalen. Am 7. Dezember 1868 wurde der Regierungsbezirk Wiesbaden mit dem Regierungsbezirk Kassel zur Provinz Hessen-Nassau vereinigt.

Die Regierung in Wiesbaden war eine Mittelinstanz der staatlichen Landesverwaltung. Wenn auch wegen seiner landschaftlichen Schönheiten und des milden Klimas beliebt bei den preußischen Beamten, spielte der Regierungsbezirk in der preußischen Wahrnehmung keine wesentliche Rolle. Dazu trug bei, dass sich der Bezirk nicht als „wahres Paradies von Fruchtbarkeit und Wohlhabenheit“ (v. Diest) herausstellte, wie man erwartet hatte. Der industrielle Aufschwung und die Finanzkraft des Handelsplatzes Frankfurt brachten hierfür eine gewisse Entschädigung. Auch die Verdoppelung der Bevölkerung von 1871 bis 1914 ließ die Bedeutung des Regierungsbezirks steigen. Für Wiesbaden aber bedeutete die preußische Zeit einen großen Aufschwung, der das kulturelle und städtebauliche Profil der Stadt prägte und sie zum Weltkurbad werden ließ.



*Empfang für Kaiser Wilhelm II.  
im Wiesbadener Kurhaus,  
um 1905  
HHStAW Abt. 3008/1, Nr. 309*

# 15

## Das Haus Nassau nach 1866

Herzog Adolph ging nach dem Aufgehen seines Landes in Preußen zunächst kurzfristig nach Rumpenheim, um sich nach kurzen Zwischenstationen mit seiner Familie vorrangig in Wien – in den Wintermonaten – und auf Schloss Hohenburg bei Lenggries aufzuhalten. Obwohl ihm u.a. die Schlösser in Weilburg und Biebrich sowie das Jagdschloss Platte nach zähen Verhandlungen mit Preußen geblieben waren, kehrte er dorthin nicht mehr zurück. Nur in Frankfurt und Königstein hielt sich das Herzogspaar gelegentlich auf.

1890 wurde er schließlich Großherzog von Luxemburg. Da, im Gegensatz zu den Niederlanden, die weibliche Erbfolge dort nicht möglich war, wurde das Großherzogtum – nach der Regierungsübernahme durch Königin Wilhelmina – von den Niederlanden abgespalten. Gemäß dem Nassauischen Erbverleih von 1783 gelange der nächste männliche Verwandte aus dem Haus Nassau, Herzog Adolph, in Luxemburg auf den Thron. Seine Nachkommen regieren dort bis heute.

**Palais Nassau, Wien**  
(heute Russische Botschaft)

**im Hintergrund:**  
**Schloss Hohenburg bei Lenggries**

**Rückseite:**  
**Urkunde für Herzog Adolph**  
**von Nassau als Mitbegründer**  
**der fünf österreichischen Invaliden-**  
**Versorgungs-Fonds**  
**HHStAW ohne Signatur**



